

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatlich 20 Pf. (möglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Wiederabholung: 20 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 M. pro Quartal, mit Briefträgerbestellung 1 M. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11–12 Uhr Vorm. Netterhagergasse Nr. 4 XVI. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Der Kampf um das Vereinsgesetz.

Montag hat nun also auch im Abgeordnetenhaus der Kampf um die Vereinsvorlage begonnen. In unserer gestrigen Ausgabe ist bereits über den Anfang der Sitzung berichtet und nebst dem Inhalt der prinzipiell ablehnenden Rede des nationalliberalen Abgeordneten Krause die Erklärung des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe wiedergegeben, die allerdings von einer so seltam Logik ist, daß die Ausrufe des Erstaunens und der Heiterkeit auf Seiten der Gegner der unglückseligen Vorlage durchaus verständlich sind. Was soll man auch dazu sagen, wenn Fürst Hohenlohe von einem „absoluten, uneingeschränkten“ Vereins- und Versammlungsrecht spricht und vor dessen Gefahren warnt? Haben wir denn ein solches? Weiß Fürst Hohenlohe nichts von den Vorgängen in Pommern? Hohenlohes Erklärung bildet nur eine einzige Enttäuschung. Mit der Rücksicht auf das Herrenhaus will er es rechtfertigen, daß er der verprochenen Aufhebung des Verbindungsverbots für die politischen Vereine die reactionären Anebelbestimmungen hinzufügt? Also die Wünsche der Herrenhäuser sollen maßgebend sein? Welche Perspektive eröffnet das erst? Fürmehr, die Bürgschaft, die man auf diesem Gebiete in Hohenlohes Vergangenheit sehen zu sollen glaubte, reduziert sich solchen Argumenten gegenüber auf ein Minimum.

Über die Fortsetzung der Debatte liegt noch folgender Bericht vor:

Der erste Tag der Debatte im Abgeordnetenhaus über die Vereinsgesetznovelle hat Alarm über die Situation gebracht. Die Niedergabe der Regierung war so kläglich wie kaum bei einer anderen Gelegenheit. Keiner der Minister hat irgendwie überzeugend gesprochen. Der Beifall der rechten Seite wird dem Minister v. d. Recke für seine Vertheidigung einer verlorenen Sache keinen Trost gewähren können. Und um eine verlorene Sache handelt es sich. Die lex Recke wird scheitern, wenn auch die Commissionsberatung ihr noch eine kurze Galgenfrist giebt. Die Worführer der Liberalen und des Centrums sprachen mit großer Wärme, weil sie als Dolmetscher der Gefühle der überwiegenden Mehrheit des Volkes auftreten. Die Unterbrechungen, welche ihre Aussführungen seitens der Gegner erfuhrten, waren der Ausdruck des Übermuths. Das Haus war trotz der unerträglichen Hitze und der schlechten Luft sehr gut besetzt. Morgen wird Abg. Stöcker (wildcon.) den Reigen als Gegner der Vorlage eröffnen.

Abg. Krause (nat.-lib.) schreibt: Wir sind für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Friedens, wollen aber die Beurtheilung und die Entscheidung hierüber den untergeordneten Polizeiorganen nicht überlassen. Mit Sondergesetzen ist die Sozialdemokratie nicht zu überwinden. Die Regierung möge die Action der gegen den Umsturz kämpfenden Elemente nicht dadurch schwächen, daß sie selber solchen Bündstoff in die Massen wirft. (Lebhafte Beifall links und im Centrum, lachen rechts.)

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (cons.) erklärt, die Conservativen würden für die Vorlage eintreten. Von

Reichstage sei ein der conservativen Auffassung entsprechendes Vereinsgesetz doch nicht zu erlangen. Wenn Sie Vertrauen haben zu den Behörden, das sie bei der Handhabung des Gesetzes das Richtige treffen (lachen links: Nein!), so nehmen Sie das Gesetz an, wenn nicht, so lehnen Sie das Gesetz ab. Wir lassen uns nichts abhandeln, und wenn die Regierung fest bleibt, um eine wirksame Vorkehr gegen den Umsturz zu treffen, so werden wir sie nicht im Stiche lassen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister des Innern v. d. Recke dankt dem Voredner und bedauert den Standpunkt des Abg. Krause, der bei einem großen Theil der Nationalliberalen sicherlich Kopfschütteln veranlassen werde. (Stürmisches Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Redner betreibt, daß er das Verhalten des Stolper Landrats gebilligt habe und daß er seine Beamten nicht zur strikten Beobachtung der Gesetze anhalten wolle. Die preußische Regierung sei seit langem mit der Frage beschäftigt, gegenüber dem wachsenden Missbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes Vorkehrungen dagegen zu treffen. So wie jetzt könne es nicht weiter gehen. Die Regierung sei indeß jedem Verbesserungsvorschlag zugänglich, ihr liegen rücksichtlich Abfertigungen, Prüfen Sie die Vorlage ohne Voreingenommenheit, lassen Sie sie nicht durch die Presse beeinflussen. Das Volk wird Ihnen, wenn Sie der Vorlage zustimmen, dankbar sein. (Lebhafte Beifall rechts, stürmisches Jischen links und im Centrum, wiederholter Beifall rechts. Abg. Richter ruft: „Chor der Landräthe!“ Heiterkeit.)

Abg. Frithen (Centr.): Wie das Volk von der Vorlage denkt, zeige der Ausdruck tieferer Erüstung und Beurtheilung in der Presse. (Unterbrechungen und Jischen rechts.) Die Vorlage sei keine Einlösung des Versprechens des Reichskanzlers. Das Centrum lehne einmütig Artikel 1 und 3 schon in der Erinnerung an die Erfahrungen im Culturkampf ab. Discutirbar sei höchstens der Abschluß der Kinderjährigen, aber auch gegen diese Beschränkungen sprächen zahlreiche Bedenken! Jedenfalls dürfte eine Verleugnung dieser Bestimmung nicht mit der Auflösung, sondern nur mit Geldstrafe zu ahnden sein. Lehnen Sie diesen, den öffentlichen Frieden störenden Entwurf ab. (Lebhafte Beifall links und im Centrum, Jischen rechts.)

Justizminister Schröder erklärt: Wenn auch vom Bundesrat aus seiner Zeit der Auffassung des Abg. Richter, daß das Verbindungsverbot puren aufgehoben werden sollte, nicht ausdrücklich widersprochen worden ist, so folge daraus keineswegs die Zustimmung der Regierung zu dieser Auffassung.

Abg. Frhr. v. Deditz (freicon.) spricht für die Vorlage. Die Sozialdemokratie würde nicht so viel Anhänger gewinnen, wenn die Bevölkerung nicht lähe, daß sie durch die staatliche Gesetzgebung geduldet werde. Die Vorlage sei geeignet, wenigstens die größten Missbräuche des Vereins- und Versammlungsrechtes zu be seitigen. Die ungünstige Handhabung des Gesetzes durch einen Landrat in Hinterpommern berechtige nicht um Mißtrauen gegen die gesamte Verwaltung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter erklärt, er werde mit seinen Freunden gegen die Commissionsberatung stimmen. Solche Dinge müßten im vollen Lichte der Offenlichkeit verhandelt werden. Minister v. d. Recke sagte neulich, ich solle mich nicht um ungelegte Eier kümmern. Nun, Herr Minister, da halten Sie doch schon die königliche Ernächtigung zum Legen dieses Eies! Und die Haltung der Conservativen zeigt ja auch, welchen Geschmack sie an diesem großen Ei des Herrn v. d. Recke gefunden haben. (Stürmisches Heiterkeit.) Der Minister des Innern v. d. Recke ist nur den Spuren des Frhr. v. Stumm gefolgt, das zeigt, was für ein mächtiger Mann Frhr. v. Stumm in Preußen ist. Wie kommt der Minister, nachdem die nationalliberalen

von Raffaela erforschten Märchen gegenüber einzunehmen habe. Und sein Zauberriß konnte nichts Auffälliges haben, da es bei einem solchen Verhalten nur natürlich war, daß er sich den Sachverhalt nochmals vergegenwärtigte.

Dann erhob er entschlossen den Kopf und antwortete:

„Ich möchte eine Sinnestäuschung in diesem Punkte zwar für wenig wahrscheinlich, aber doch keineswegs für völlig ausgeschlossen halten. Alle diese Dinge, von denen hier die Rede ist, vollzogen sich ja während einer so geringsfügigen Zeitspanne, daß ein Irrthum in der Beurtheilung einer einzelnen Handbewegung wohl bei jedem Zuschauer als möglich angenommen werden kann. Wenn einer der Anwesenden mit voller Bestimmtheit gesessen haben will, daß jener Mensch auf sich selbst gezielt hat, wenn er diese Behauptung vielleicht sogar eidlich zu erhärten vermugt – dann, Herr Präsident! – und er begleite diese Worte mit einem bedeutenden Achselzucken – „werde ich mich für meine Person wohl zu der Annahme bequemen müssen, das Opfer einer Täuschung geworden zu sein.“

Diefer kaum erwartete Rückzug des jungen Offiziers brachte einen saft ebenso leisen Eindruck hervor als vorhin die überraschende Bekundung der Gräfin Raffaela. Die Beurtheilung der That, die anfänglich scheinbar eine so einfache gewesen war, stellte sich mehr und mehr als eine überaus schwierige heraus, und eindringlicher als zuvor wiederholte der Vorsitzende seine Mahnung an den Angeklagten, sich endlich auch seinerseits zu einer Erklärung zu verstellen.

Aber die Mahnung blieb ebenso fruchtlos, als sie es bisher gewesen war. Paul Wismar beharrte unerschütterlich bei seinem Vorsatz, und es blieb nichts anderes übrig, als in der Zeugenvernehmung fortzuhören, um durch die Bekundungen der anderen Hochzeitsgäste vielleicht doch noch Licht in das Dunkel zu bringen.

Der dicke Rittmeister v. Geldenbach erschien als der Nächste vor dem Zeugenstische. Er war ein gewaltiger Großsprecher im Kreise seiner Kameraden und ohne Zweifel auch ein tapferer Mann vor dem Feinde. Aber er war besangen und verwirrt in dieser für ihn so ungewohnten Umgebung. Von Anfang an kam er aus dem Räuspern und Stottern gar nicht heraus, und in seiner ganzen Aussage war nichts unbedingt Feststellendes als die Versicherung, daß er den „Kerl“ gepackt habe wie einen tollen

Vertrauensmänner sich gegen die jehigen Vorschläge ausgesprochen haben, überhaupt noch dazu, dieses Gesetz einzubringen, da er doch gewußt hat, daß das Gesetz keine Majorität finden werde? (Lachen rechts.) Ja, daß Herr v. d. Recke ganz ein Minister nach Ihrem Herzen ist, das wissen wir. Lösen Sie doch, wenn dieses Gesetz abgelehnt wird, das Abgeordnetenhaus auf. Ja, das wollen Sie nicht, denn dieses Haus gefällt Ihnen sonst sehr gut. Wenn Preußen mit dem Particularismus so voranght, was können Sie dann von den kleineren Staaten verlangen? Was nützt es, wenn die Auflösung einer Versammlung vom Minister acht Monate später als gesetzwidrig erklärt wird? Wenngleich müßte man die Beamten für ihre Fehler persönlich verantwortlich machen. Denken Sie doch daran, daß auch Versammlungen des Bundes der Landwirthe als friedensgefährlich aufgelöst werden könnten. Die Nationalliberalen seien auch nicht sicher. Sei doch ein Nationalliberaler, nachdem er das Ansehen des Amtsvorsteigers, dem Bunde der Landwirthe beizutreten, abgelehnt hatte, nicht als Gemeindeworsteher befürchtet worden. Zum Mitglied des Bundes der Landwirthe war er gut genug! (Heiterkeit.) Redner kommt dann auf die Maßregeln gegen den Verein Nordost zurück. Was die Gesetzgebung in Sachsen und Hamburg angehe, so habe man dort 60 Proc. Sozialdemokraten, hier in Preußen nur 21, und nun legt uns der Minister ein Gesetz vor, das uns auch auf 60 Proc. bringen würde. (Ohne rechts.) Machen Sie eine volksthümliche Politik, dann werden Sie den Beunruhigungs-Vaccinus erlösen; mit solchen Gesetzen aber mehren Sie ihn. (Lebhafte Beifall links und im Centrum, Jischen rechts.)

Justizminister Schröder ergreift noch einmal das Wort, um zu erklären, daß die Vorlage in verschiedenen Punkten mit der Verfassung in Widerspruch stehe. Das Gesetz werde deshalb in den Formen der Verfassungsänderung zu verabschieden sein.

Abg. v. Tiedemann-Labischin (freicon.) äußert sich zu Gunsten der Vorlage.

Minister v. d. Recke bemerkt gegenüber einer Anfrage des Abg. Richter, daß er über die Vorgänge im Staatsministerium und über vertrauliche Besprechungen mit den Parteien nichts sagen könne.

Abg. Krause (nat.-lib.) bemerkt persönlich, daß seine Fraktion einmütig seinen Standpunkt thieile.

Als dann verließ sich das Haus auf Dienstag.

Im Abgeordnetenhaus eröffnete am Dienstag die Debatte über die Vereinsgesetznovelle.

Abg. Stöcker (wildcon.): Wenn ich in dieser Frage mit den Liberalen zusammenhege, so hat mich nicht eine freimaurische Anwandlung dazu gebracht, sondern die Erfahrung eines zwanzigjährigen Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Die Vorlage sei geeignet, wenigstens die größten Missbräuche des Vereins- und Versammlungsrechtes zu beseitigen. Die ungünstige Handhabung des Gesetzes durch einen Landrat in Hinterpommern berechtige nicht um Mißtrauen gegen die gesamte Verwaltung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter erklärt, er werde mit seinen Freunden gegen die Commissionsberatung stimmen. Solche Dinge müßten im vollen Lichte der Offenlichkeit verhandelt werden. Minister v. d. Recke sagte neulich, ich solle mich nicht um ungelegte Eier kümmern. Nun, Herr Minister, da halten Sie doch schon die königliche Ernächtigung zum Legen dieses Eies! Und die Haltung der Conservativen zeigt ja auch, welchen Geschmack sie an diesem großen Ei des Herrn v. d. Recke gefunden haben. (Stürmisches Heiterkeit.) Der Minister des Innern v. d. Recke ist nur den Spuren des Frhr. v. Stumm gefolgt, das zeigt, was für ein mächtiger Mann Frhr. v. Stumm in Preußen ist. Wie kommt der Minister, nachdem die nationalliberalen

Die Socialdemokratie ist immerhin eine geistige Bewegung, und Geist kann nur durch Geist, nicht durch Polizei überwunden werden. Derjenige Kampf muß aussichtslos sein, der sich nur gegen die Socialdemokratie und nicht auch gegen die übrigen verderblichen Mächte im Volke richtet. Durch die Vorlage wird auf unserer Seite nichts gewonnen und nur der Socialdemokratie ein furchtbare Agitationsmittel gegeben. Ich werde das Gesetz ablehnen. Mit der Kartellpolitik hat man die Socialdemokratie nicht bekämpft. Es ist charakterlos, die Gegenfahrt von Liberalen und Conservativen zu verzweilen, und es ist Halbwert die Ordnungsparteien zusammenbringen zu wollen zum Kampf gegen die Socialdemokratie. Damit ruiniert man die inneren Kräfte des politischen Lebens. Man sollte diese lieber zusammenfassen, dann würde man wie in Wien zum Siege kommen. Dieses Gesetz kommt mir so vor, als wenn man einen schweren Kranken heilen will dadurch, daß man ihm einen Jahr zieht.

Abg. Klasing (conf.): Die conservative Partei steht im schärfsten Gegensatz zu der Beurtheilung der Socialdemokratie durch den Abg. Stöcker. In dieser Beziehung steht er auf der rechten Seite allein.

Der erste Tag.

Fürst Hohenlohe hat es vorgestern zum ersten Male, seit er Reichskanzler oder preußischer Ministerpräsident ist, erleben müssen, daß seinen Worten ein leidenschaftlicher Austausch von Bravo rechts und Jischen links folgt. Wobei man freilich constatiren muß, daß das „Jischen links“ nicht sowohl der Person des Reichskanzlers galt, als dem stark unparlamentarischen Beifall des „Chors der Landräthe“, der um so mehr als demonstrativ aufgezählt werden mußte, als die Rechte sonst nicht zu den unbedingten Verehrern des Reichskanzlers gehörte und als ihre Begeisterung für die lex Recke oder besser vielleicht lex Stumm sich um so lauter gestaltet, je bestredigter man dort über dem Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und den Parteien ist, welche die Träger der Handelsvertragspolitik gewesen sind. Jedenfalls hat offenbar die Erklärung Hohenlohes, die ja viele recht schwache Seiten hat, die Brücken nicht ganz abgebrochen. Seine Hochsäckung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, die er als ein schlechthin unentbehrliches Mittel zur Förderung der politischen Entwicklung und Erziehung charakterisiert, würde auf der Linken noch mehr Beifall gefunden haben, wenn man in der Vorlage nicht gerade ein Mittel sähe, diese „Freiheit“ unter das Belieben des jedesmaligen Ministers des Innern und seiner Polizei commissare zu stellen.

Von den Deutschconservativen hat bisher nur Dr. v. Heydebrand und der Lasa gesprochen, aber wie? Der Gesetzentwurf ist, meinte er u. a., nicht nur verbessерungsbedürftig, sondern auch unwirksam, weil – die einheitlichen Vereinsgesetze die Wahltagitation nicht beschränken. Diese Nebenbemerkung läßt in der That tief blicken. Von den Freiconservativen sprachen sogar zwei Redner, v. Edelz und v. Tiedemann, von denen der erste der Quelle, aus der die Vorlage stammt, am nächsten steht. Aber auch auf dieser Seite legt man mehr Gewicht darauf, daß überhaupt einmal etwas Entscheidendes gegen die Socialdemokratie geschieht, als auf das Was.

mit Räumung der Zuschauerbänke bei einer Wiederholung derartiger Ungehörigkeiten. Aber auch auf dem Gesicht des Angeklagten hatte sich zum ersten Male während der ganzen Dauer der Verhandlung eine kleine Bewegung gezeigt, ein Zucken um die Mundwinkel wie von wehmüthiger Rührung, und man hätte wohl eine stumme Bitte um Verzeihung lesen können in dem Blick, welchen er auf den Marchese richtete. Seine Lippen aber blieben fest geschlossen, und der Vorsitzende, der aufmerksam zu ihm hinüber sahen hatte, machte gar nicht erst einen neuen Versuch, ihn zum Sprechen zu bewegen.

Die Aussagen der übrigen Zeugen waren ohne Belang; denn sie wiederholten nur, was man bereits zur Genüge gehört hatte. Alle waren des Meinung gewesen, daß es sich um einen Mordanschlag auf die junge Frau gehandelt habe. Keiner aber getraute sich mit seinem Zeugenelb dafür einzutreten, sobald der Vorsitzende pflichtgemäß auf die mit so großer Bestimmtheit abgegebene gegenteilige Aussage hinwies. Als auch die Befragung der beiden Sängerinnen kein anderes Ergebnis gehabt hatte, erklärte der Staatsanwalt, daß er auf die Vernehmung weiterer Zeugen verzichte, und der Vertheidiger, der sich seit der Ablehnung seines Antrags scheinbar völlig theilnamlos verhalten hatte, schloß sich mit drei kurzen Worten dieser Erklärung an.

Der Präsident versetzte eine halbstündige Pause in den Verhandlungen, und als dieselbe vorüber war, begannen die Plädoyers.

Der Staatsanwalt, welcher zuerst das Wort ergriff, schien von der Hoffnunglosigkeit seines Bemühens, die Anklage aufrecht zu erhalten, von vornherein überzeugt. Nur das hartnäckige Schweigen des Beichtlings galt ihm als ein Beweis seiner Schuld; denn alle übrigen Belastungsmomente waren ja durch die schwankenden Zeugenaussagen in's Nebelhafte und Ungewisse verflüchtigt worden. Mit sehr geschickter Dialektik, doch unverkennbar mit sehr geringer Zuversicht in den Erfolg, suchte er seine Ansicht, daß hier ein im besten Glauben begangerer Irrthum der Gräfin Raffaela Hohenstein vorliege, auf die Geschworenen zu übertragen, und er endete seine kurze Rede mit einem ziemlich matt ausfallenden Appell an ihr richtliches Gewissen, welches nicht zulassen werde, daß ein Mensch, der nur durch höhere Gewalt daran verhindert worden sei, das schwerste aller Verbrechen zu begehen, vollkommen straflos bleibe.

(Fortsetzung folgt.)

Um eine Fürstenkrone.

Roman von Reinhold Ortman.

[Nachdruck verboten.]

21)

(Fortsetzung.)

Der Name des Grafen Wenzel war der nächste, welcher auferufen wurde. Der Kavallerieoffizier erhielt im Civilanzug und begrüßte das Richtercollegium unbefangen und sicher. Es gab eine große Bewegung, als er in seiner knappen und klaren Darstellung des dramatischen Vorganges bis zu der Erklärung gekommen war, daß er den Arm des Verbrechers in demselben Augenblick gepackt habe, als Wismar seinen Revolver auf die junge Gräfin anlegte. Der Präsident mußte sich wieder durch ein Glöckchen Ruhe verschaffen, ehe er den Zeugen fragen konnte: „Haben Sie genau gesehen, daß der Angeklagte auf die Gräfin gezielt?“

Gewiß! Er stand ja unmittelbar neben mir und als ich die verdächtigen Handbewegungen wahrnahm, konnte ich nicht darüber im Zweifel sein, was er im Schilde führte.“

Das heißt: die voraufgegangenen Worte Wismars hatten die Vermuthung in Ihnen erzeugt, daß es sich um einen Anschlag auf das Leben der Gräfin handeln solle. Hätten Sie es denn unbedingt sehen müssen, wenn er die Waffe nicht auf die junge Frau, welche ihm gegenüber saß, sondern auf die eigene Stirn gerichtet hätte?“

„Ich glaube wohl, daß mir das schwerlich hätte entgehen können, und die Richtung des Schusses spricht ja auch mit unzweifelhafter Bestimmtheit gegen eine solche Annahme.“

„So sollte man meinen. Aber es ist hier eine Zeugenaussage abgegeben worden, welche zu Ihrer Darstellung in direktem Gegensatz steht. Nach dieser Aussage soll lediglich Ihr rechtes Zugreifen die Lage des Revolvers verändert und der Augel jene Richtung auf die Gräfin Hohenstein gegeben haben, während sie nach der Absicht des Angeklagten seinen eigenen Kopf hatte treffen sollen. Halten Sie das für möglich?“

Graf Wenzel Hohenstein antwortete nicht auf der Stelle. Er wußte genau, daß vor ihm nur Adelhard und Raffaela vernommen worden waren, und er war nicht eine Sekunde lang im Ungewissen, auf welche Aussage sich die Worte des Vorsitzenden bezogen. Aber er schien einiger Überlegung zu befreien, ehe er zu einem Entschluß über die Haltung kam, die er selber diesem

Auch der hartgesottenste Reactionär kann doch nicht glauben, das Verbot socialdemokratischer oder sonstiger oppositioneller Versammlungen und Vereine werde der Unzufriedenheitsmanie mit einem Schlag ein Ende machen. Selbst der Minister des Innern, Herr v. d. Recke, der unter der Heiterkeit des Hauses mit einem Compliment an die Adresse des Herrn v. Hessebrand begann, schien sich darüber keiner Täuschung hinzugeben. Sein Verlust, den Eindruck der lauen Erklärung, die er neulich bei der „Nordost“-Debatte abgegeben, zu verwischen, hatte beispielhaft keinen Erfolg. Man merkte die Absicht! Das Facit der Debatte war durch die Erklärung der beiden Redner der Nationalliberalen und des Centrums, der Abg. Dr. Krause und Fritzen, gegeben. Die beiden feindlichen Brüder sind entschlossen, den Kern der Vorlage, die Artikel I und III, in jeder Form abzulehnen. Das bestehende Gesetz, erklärte Herr Krause, reicht vollständig aus, und Herr Fritzen erklärte: Wir, das Centrum, lehnen die beiden Artikel einstimmig ab. Im Gegensatz zu dem Abg. Ritter, der in seiner umfassenden, namentlich auch die Vereinsgesetze der Bundesstaaten berücksichtigenden Beleuchtung der Vorlage noch eine markantistische Blüthenlese von falscher Anwendung des bestehenden Gesetzes gab, würden die Nationalliberalen und wohl auch das Centrum bereit sein, neben der Aufhebung des Coalitionsverbots auch den Ausschluss Minderjähriger aus politischen Versammlungen und Vereinen zuzulassen, wenn die Anwesenheit Minderjähriger in einer Versammlung nur mit Geldstrafe belegt, nicht als Auflösungsgrund behandelt wird.

Leider wird heute, nach Beendigung der ersten Lesung, die Vorlage in einer Commission verschwinden, wo Herr v. d. Recke zu jeder „Verbesserung“ bereit ist. Seine nicht gerade geschickte Andeutung, daß er auf die Unelmigkeit der Nationalliberalen spekuliere, fand bei diesen eine entrüstete Erwiderung. Ist diese Hoffnung eitel, so ist das Scheitern der Vorlage gewiß, wobei freilich die traurigen, von uns gestern schon dargelegten und auch von den Oppositionsrednern bei der gestrigen Verhandlung mehrfach hervorgehobenen Wirkungen unter allen Umständen bestehen bleiben werden: den Socialdemokraten und dem Particularismus ist massenhaft Stoff zur Wiederbelebung der Agitation geliefert.

Preßstimmen

Berlin, 18. Mai. (Tel.) Die nationalliberalen und die freisinnigen Blätter, sowie der socialdemokratische Vorwärts drücken ihre vollkommene Zufriedenheit mit dem Verlauf der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhaus aus.

Das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“, schreibt, die Redner der Rechten und auch die Redner am Ministerische hätten es der Opposition gegenüber leicht gehabt, die Hohlheit des Standpunktes ihrer Gegner darzuhören.

Die Bismarck'schen „Berliner N. Nachr.“ reisten ihr altes Steckenpferd, indem sie aufs neue ihrer Ansicht Ausdruck geben, daß ein Specialgesetz gegen die Socialdemokraten das Allerbeste wäre.

Über die Stellung der Nationalliberalen zu der Vereinsgesetznovelle schreibt die „Nationalliberale Correspondenz“ ferner:

„Der Ernst der Lage ist so swingend, so klar, daß auch nicht einmal der Anschein erweckt werden darf, daß man diesem „Wechselsalg“ von Gesetzgebung gegenüber sich anders verhalten könnte, als es das Bewußtsein, im Schoße des selbstbewußten, freiheitsliebenden deutschen Bürgerthums zu wurzeln, befiehlt. Wir betonen, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, daß es in der Sache dieser Versicherungen nicht erst mehr bedarf; sie erfolgen lediglich, um von vornherein zu verhüten, daß auch nur der Versuch gemacht wird, auf die feste und klare Stellung der nationalliberalen Partei einen Schatten zu werfen.“

Weiter bemerkte das offizielle Parteidorgan:

Die Vereinsgesetznovelle steht so dicht voll Fühlung für die Betätigung des Vereinslebens, daß es unmöglich war, sofort vor alle eine Warnungstafel aufzuhängen. Wir werden von befremdeteter Seite noch auf folgende Bestimmung besonders aufmerksam gemacht: Geldstrafe von 30 bis 300 Mk. oder Gefängnis von vierjähnlichen bis zu sechs Monaten trifft denjenigen, welcher „in sonstiger Weise“ der ferneren Thätigkeit eines geschlossenen Vereins Dorschub leistet — geschlossen, wegen „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ „Gesetz“, das ist jede andere Weise als öffentliche Einladung oder Leitung oder unmittelbare Betreuung. In der sogenannten „Begründung“ wird dazu bemerkt: „Durch letztere Bestimmung würden z. B. auch Comités, Auschüsse, Centralorgane oder ähnliche Einrichtungen getroffen werden, welche der Auflösung nicht unterliegen, weil die thatssächlichen Voraussetzungen eines Vereines bei ihnen nicht zutreffen, welche aber zwischen Vereinen ungeachtet der erfolgten Schließung vermitteln.“ Vermitteln — ähnliche Einrichtungen — diese Bestimmungen sind einfach ein Hohn auf die gleichzeitige Aufhebung des „Verbindungsverbots“.

Verschleierte Lockung.

Die „Kreuzig.“ und, ihren Spuren folgend, die „Nord. Allg. Jtg.“ sind bemüht, die Nationalliberalen für die Anebelung des Versammlungs- und Vereinsrechts durch die Drohung zu gewinnen, daß sie durch Ablehnung der Vorlage in den Industriebezirken ein Einfluß einbüßen würden. — Daß die Industriellen glauben sollten, der Socialdemokratie durch das Verbot von Vereinen und Versammlungen Herr zu werden, glauben wir nicht. Polizeiliche Maßregeln der Art pflegen die Agitation nicht einzudämmen, sondern zu verschärfen.

Protestversammlungen.

In Frankfurt a. M. hat gestern eine Versammlung des demokratischen Vereins eine Protestresolution gegen die Vereinsgesetznovelle angeommen.

Die Resolution, die in der gestern schon erwähnten ersten liberalen Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz in Friedeberg beschlossen worden ist, lautet:

Die Versammlung erhebt gegen die soeben im Abgeordnetenhaus eingegangene Vereinsvorlage entschiedenen Widerspruch. Ein Verein, welches die Auslegung der Begriffe „Sicherheit“ und „Friede“ den Polizeibehörden überläßt, überließt das ganze Vereins- und Versammlungswesen der Polizeiwillkür. Die Versammlung

erwartet deshalb vom Abgeordnetenhaus, daß es diesen Eingriff in ein Grundrecht der Staatsbürger von der Schwelle abweist.

Diese Resolution wurde von der namentlich aus der ländlichen Umgebung Friedebergs zahlreich besuchten Versammlung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Politische Tageschau.

Danzig, 18. Mai.

Reichstag.

Die Vereinsgesetzfrage wird heute auch den Reichstag beschäftigen; es kommt der Antrag betreffend den Erlass eines Notvereinsgesetzes zur Verhandlung.

Gestern bezweifelte nach 1½ stündiger Dauer der Sitzung Abg. Hammacher (nat.-lib.) vor der ersten Abstimmung bei der Servikatorisvorlage die Beschlusshfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von nur 141 Abgeordneten. Die Sitzung mußte also abgebrochen werden. Morgen wird der Reichstag hoffentlich beschlußfähig sein, wenn auch die gleichzeitige Tagung des Parlaments am Dönhofplatz auf die Frequenz ungünstig einwirken dürfte.

Zum griechisch-türkischen Kriege.

Berlin, 17. Mai. Der „National-Jtg.“ wird bestätigt, daß die Türken in der That Thessalien verlangen, von deutscher Seite ist aber, wie das Blatt von unterrichteter Stelle erfahren hat, zuerst in nachdrücklicher Weise einem solchen Anspruch entgegentreten worden. Was den Türken zugesandten werden könnte, wäre eine Gründerechtigung aus strategischen Rücksichten ohne eigentlichen Gebiets- und Bevölkerungszuwachs. Auf diese Weise könnte für die Zukunft räuberische Einfälle thessalischer Banden in Macedonien vorgebeugt werden. Sollte die Pforte aber an weitergehenden Forderungen festhalten, so lese sie Gefahr, auch bei den ihr wohlgesinnten Regierungen die Sympathien, die sie durch ihr bisheriges Machthaben erworben hat, abzuschwächen.

Wien, 17. Mai. In hiesigen gut unterrichteten Kreisen bestätigt man die Nachricht, daß in Athen ein Complot zur Ermordung des Königs und zur Entthronung der königlichen Familie entdeckt worden sei. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, es befinden sich unter den Festgenommenen auch zwei italienische Anarchisten, angeblich die Rädelsführer.

Die Kämpfe in Thessalien

haben inzwischen wieder begonnen. Die Türken sind endlich wieder zum Angriff vorgegangen und zwar gleichzeitig auf die Stellungen des Kronprinzen Constantin hinter Domoko und auf Almyro, wohin sich Oberst Smolenski nach den Gefechten von Delestino zurückgezogen hatte.

Don türkischer Seite wird unter dem 17. Mai gemeldet:

Auf der Pforte und im Kriegsministerium wird der Fortgang der Operationen in Thessalien strengstens geheim gehalten. Die Verstärkung der türkischen Operationsarmee wird damit begründet, daß erhöhte Streitkräfte einerseits in Epirus zur Vertreibung der Griechen und zur Aufnahme der Offensive nötig seien, andererseits in Thessalien zur Occupation West-Thessaliens und zur Herstellung einer Verbindung mit dem Heerestheil in Epirus. Zweifellos ist die Verstärkung jedoch auch für die Eventualität eines weiteren Vormarsches bereitgestellt.

Don türkischer Seite liegen nachstehende Drahnachrichten vor:

Athen, 17. Mai. Abends. (Tel.) Wie aus Domoko von heute Nachm. 4 Uhr gemeldet wird, ist der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Die türkischen Bewegungen richten sich zunächst gegen die beiden Hügel der griechischen Aufführung, namentlich aber gegen den von Kaklamanos und Terlipis befehligen linken Flügel. Auch von der rechten Seite, wo unter Smolenski eine Heeresabteilung steht, wurde Kanonenodonner gehört. Hier in Athen wird der Angriff gegen Smolenski als eine türkische Ariegslist betrachtet. Man nimmt an, daß die Türken versuchen würden, sich zwischen den beiden griechischen Heerestheilen durchdrängen und den Paz über das Olympos-Gebirge zu nehmen.

Athen, 17. Mai. (Tel.) Der Ministerpräsident Rallis beklagt sich bei den Vertretern der Mächte wegen des Vorrückens der Türken gegen Domoko, während Griechenland auf Verlangen der Mächte sowohl in Epirus wie in Thessalien eine streng defensive Haltung beobachtete. Die Vertreter der Mächte nahmen von der Beschwerde Abstand. Der Kronprinz telegraphierte, er behauptete seine Stellungen tapfer bis 2 Uhr (und dann?). Der Kronprinz nahm am Kampfe Theil. Von 5 Uhr Nachmittags wird gemeldet: Die Türken greifen außer Domoko auch Almyro an, wo die Brigade Smolenski steht.

Athen, 17. Mai. (Tel.) Die Erregung ist auf dem Höhepunkt. Die Minister sind seit Mittag im Ministerium, wo die telegraphische Verbindung mit dem Kriegsschauplatze endet, versammelt.

Aldrig schon der Ton dieser Meldungen recht wenig übersichtlich, so bringt nachfolgende, beim Schlusse der Redaktion einlaufende Depesche die Bestätigung, daß die Griechen abermals eine Niederlage erlitten und wiederum den Rückzug angetreten haben:

Athen, 18. Mai. (Tel.) Der Hauptangriff der Türken gegen das Centrum und den linken Flügel der Griechen bei Domoko wurde zurückgeschlagen. Die Türken waren indessen den rechten Flügel der Griechen bei Almyro zurück und setzten sich in Attiki auf der Linie Almyro-Domoko fest, weshalb die Griechen bis zu den Bergs-Ausläufern der alten Olympos-Grenze zurückgehen mußten.

Die Erben Aleksanders III. und die englische Erbschaftssteuer.

Dass das Vermögen des verstorbenen Zaren Aleksander III. noch die englische Regierung in Verlegenheit bringen würde, ist eine Eventualität, an die gewiß niemand gedacht hat, die aber nichtsdestoweniger jetzt zur Thatssache geworden ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Als Aleksander III. starb, hatte er auf der Bank von England 4223 £ster. baar und russische fünfprozentige Staatschuldsscheine im Nominalbetrag von 167 240 £ster. liegen. Der aktuelle Wert des Deposits betrug 218 273 £ster., also rund 4½ Mill. Mark. Bald nach dem Tode des Zaren wurde die Auszahlung dieses Betrages

verlangt, worauf die Erbschaftssteuerbehörde Anspruch auf Erlegung der Erbschaftssteuer von 6½ Proc., also rund 13 000 £ster. (260 000 Mk.) erhob. Die russische Botschaft weigerte sich jedoch energisch und machte einen diplomatischen Zwischenfall aus der Sache, indem sie eine Note an das Auswärtige Amt in London richtete. Dieses verwies den Botschafter an das Schahamt, und Herr v. Staats wandte sich nun an dieses und sodann an den damaligen Schahkanzler Sir William Harcourt, dem er in einer offiziellen Mitteilung erklärte, „die Beanspruchung der Erbschaftssteuer für das Vermögen eines fremden Souveräns verträgt sich schwerlich mit den für die internationale Wohlstandsfähigkeit geltenden Regeln“. Der Schahkanzler gab die Bezeichnung dieser Behauptung zu, doch wisse er nicht, wie die Schwierigkeiten zu überwinden seien. Letztere bestanden darin, daß nach englischem Recht eine solche Ausnahme selbst bei Monarchen nicht zulässig erschien, wie das auch aus Präcedenzfällen hervorging. Doch die russische Botschaft gab sich damit nicht zufrieden, und schließlich wurde, um Russland gefällig zu sein, folgender Ausweg gefunden. Die Bank erklärte, sie wolle dem Testamentsvollstrecker das Depositum aushändigen, ohne daß dieser eine gerichtliche Vollmacht beibringe, welche nur nach Zahlung der Erbschaftssteuer zu erlangen gewesen wäre, falls die Regierung verspräche, keine Schwierigkeiten zu machen. Hierauf sandte das Schahamt eine schriftliche Mitteilung an die Bank, daß sie dieselbe ermächtige, das Vermögen des Zaren auszuhändigen. Und so geschah es, ohne einen Pfennig Erbschaftssteuer, obwohl dies total ungerecht war und das Schahamt kein Recht zu jener Ernächtigung hatte. Die Transaction wurde nicht gebucht, und der Controleur und Generalauditeur der Bank von England kam daher nie etwas davon zu hören.

Da bei wäre es auch geblieben, wenn es nicht ein parlamentarisches Comité für öffentliche Rechnungen in England gäbe, das jetzt in einem Bericht den ganzen Fall aufgedeckt hat. In demselben erklärt es das Verfahren des Schahamtes für nicht nur „statutenwidrig“, sondern tatsächlich „gesetzwidrig“. Nun ist man gespannt, wie sich das Parlament zu dieser Unregelmäßigkeit stellen wird.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Mai. Nach einer Meldung der „National-Jtg.“ hat heute beim Reichskanzler eine Ministerbesprechung stattgefunden.

* Berlin, 17. Mai. Auf zahlreiche Begnadigungsgefaue, die seitens der Angehörigen von Militärstrafgefangenen aus Anlaß der Hundertjahrfeier an den Kaiser gerichtet wurden, wurde, nach der „Germ.“, den Peones von den militärischen Behörden mitgetheilt, daß die Gesuche beim Kaiser nicht befürwortet werden können. Bei fortgesetzter guter Führung habe der Verurtheilte — nach Verbüßung von drei Vierteln seiner Strafzeit — jedoch Aussicht, „vorläufig“ entlassen zu werden.

* In der heutigen Sitzung des Kabinetts-Collegiums der Kaufmannschaft wurden vier Delegierte gewählt, die mit der Regierung wegen der Angelegenheit der Productenbörsen berathen sollen. Der Verein der Getreidehändler wählte fünf Delegierte und sandte heute an den Ober-Präsidenten v. Achenbach eine ablehnende Antwort auf dessen Schreiben und teilte er demselben mit, daß der Klage beim Oberverwaltungsgericht beschritten sei.

* Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern beschlossen, sich auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Zürich durch die Abgeordneten Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Molkenbuhr vertreten zu lassen.

* Die deutschen Burschenschaften begehen am dritten Pfingstfeiertag in Eisenach das Fest der Grundsteinlegung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. Auf dem Wartenberg angesichts der altehrwürdigen Wartburg wird sich eines Denkmals erheben. Umgeben von den Gestalten eines Bismarck, Moltke und Roon, wird das Denkmal hinüber grünen nach jenen Stätten, wo kurz nach den Befreiungskriegen zum ersten Male vor aller Welt von deutschen Burschenschaften dem Gedanken von dem neuen deutschen Reiche greifbarer Ausdruck verliehen wurde. Die Namen der in ruhmvollen Feldzügen gefallenen Burschenschaften sollen an Marmortafeln verewig werden.

Auch des Großherzogs Karl August von Sachsen-Weimar, der in den Sturm- und Drangjahren seine Hand schüttend über die Burschenschaft hielt, wird in würdiger und pietätvoller Weise gedacht werden.

* [Projekt Tausch-Lübeck.] Die commissarische Vernehmung der auswärts wohnenden Zeugen hat bereits begonnen. Einer der Hauptzeugen soll jetzt nicht auffindbar sein, nämlich der frühere Redakteur Metzsch v. Schilbach, der vor etwa Monaten erst von Areta aus Berliner Blättern mithilfe, daß er sich seiner Zeugnispflicht nicht zu entziehen trachte, sondern der Staatsanwaltschaft jederzeit zur Verfügung stehe. Von weiteren Journalisten, welchen in der Tausch-Affäre Zeugenladeungen zugegangen sind, werden genannt: die Herren Dr. Liman (Leipz. N. Nachr.), Dahsel (Staatsbg. Jtg.), Walter (Königsb. Krit. Jtg.), der Abgeordnete August Bebel, Schweinburg (Berl. Pol. Nachr.), Hellfeld (Mitt.-Pol. Corr.), Hans Krämer, Fritz Brentano, Greil und der Herausgeber der „Jukunst“, Harden. Der vielgenannte Normann-Schumann, der, wie verschiedene andere Zeugen, ursprünglich auch seine Beziehungen zu Herrn v. Tausch in Abrede zu stellen versuchte, soll auch in der Türkei sich nicht ordnungsmäßig abgemeldet haben, so daß ihm eine Ladung nicht zugesetzt werden konnte; an seiner Stelle dürfte seine Gattin vor Gericht erscheinen, um über die Verbindungen des vielgesuchten Herrn Auskunft zu geben. Endlich verlautet, daß der zweite Angeklagte v. Lübeck sich noch durch einen zweiten Vertheidiger, nämlich den Rechtsanwalt Holz, vertreten lassen wird.

* [Frankreich und die neuen Schnellfeuergeschüze.] Ein französisches Blatt schreibt in einem Artikel über die deutschen Kanonen:

In den militärischen Fachkreisen war man ja auf die Sache vorbereitet, aber selbst dort hat die Schnelligkeit der Maßregel überrascht. Die Armeeverwaltung wird in der nächsten Zeit einen schweren Stand haben. Schon jetzt wird ihr von allen Seiten der Vorwurf gemacht, sich wieder einmal haben überflügeln zu lassen und wieder einmal später als die deutschen Generale aufgestanden zu sein. Natürlich werden nun auch hier

sofort die zur Neubeschaffung von Kanonen nötigen Gelder flüssig gemacht werden, da selbstverständlich die Regierung erklären wird, ebenso gut wie Deutschland längst im Besitz eines Kanonenmodells zu sein, das man nicht verfehlt wird, als dem deutschen „noch überlegen“ hinzustellen. Wenn hier nur nicht die Frage der Neubewaffnung der Artillerie durch die immer unabwendlicher werdende Neubewaffnung der Infanterie und durch das Geschrei nach mehr und immer mehr Befestigungen (um Paris wie an der Ostgrenze, namentlich vorwärts Nancy), complicirt würde! Soll die Kriegsverwaltung allen diesen Anforderungen gerecht werden, so dürfte leicht eine kleine, vielleicht auch ein großer halber Mainz draufgehen.

Mainz, 16. Mai. Wie der Stern des Herrn Dr. Carl Peters gesunken ist, beweist der folgende Fall. Der Schlepp-Dampfer einer großen Mainzer Reederei trug bisher den Namen des aus dem Reichsdienst entlassenen „Afrikahelden“. Nach dem Urteilsspruch des Berliner Gerichts ist jedoch der Dampfer in „Christine“ umgetauft worden.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 18. Mai.

Wetteraussichten für Mittwoch, 19. Mai, und vor für das nordöstliche Deutschland: Wärmer, wolkig, meist trocken. Lebhafter Wind, Gewitter.

* [Der commandirende General Herr v. Lenke] wird von seiner zweijährigen Kurreise nach Wiesbaden morgen hierher zurückkehren und voraussichtlich am Donnerstag, den 20. d. Mts., seine Dienstgeschäfte wieder übernehmen.

* [Bataillons-Besichtigung.] Heute früh begann die Bataillonsbesichtigung des Infanterie-Regiments Nr. 128 auf dem kleinen Exercirplatz durch den Oberst des Regiments, die mit dem 1. Bataillon ihren Anfang nahm. Gegen Mittag kehrte das Bataillon mit klingendem Spiel in die Garnison zurück.

* [Schießübungen.] Nach einer weiteren Mitteilung des 2. Bataillons des Fußartillerie-Regiments von Hinderlin zu Neufahrwasser wird die Hafeneinfahrt und die Bucht von Danzig in gewissen Grenzen, welche das Lootsen-Amt an jedem Tage vor Beginn des Schießens während der Zeit vom 18. bis 22. d. Mts. angeben kann, frei für den Verkehr bleibe. Während des Schießens wird eine schwarze Flagge auf dem Lootsenhügel gehisst sein. Zum Fernhalten von der gefährdeten Gegend bei Heubude und vor der Westerplatte wird ein Sperrdampfer östlich von Heubude, der Lootsendampfer westlich und nördlich von der Schußrichtung der Außenbefestigungen, aus welchen 10 000 Meter weit geschoßt, stationiert sein.

ein Speisesaal, ein Rauch- und ein Damen-salon bestimmt, deren Möbelment thiefs die Schichau'sche Werftschlerei, thiefs Berliner Kunst-industrie geliefert haben. Eine mächtige Kuppel aus Metallträgern und hellfarbigem Argentglas erhebt sich über dem Speisesaal 1. Klasse und macht den Damen-salon zu einem glänzenden Raum, beides bei Tage wie Abends bei reicher elektrischer Beleuchtung, die zwischen dem Glasdach und der äußeren Schuhbedachung der Kuppel angebracht ist, eine reizvolle Lichtzuführung gebend. Die Wände und das breite schöne Treppenhaus sind elegant gefliest und mit zahlreichen Holzmalereien, Allegorien und Ansichten aus Bremens Vergangenheit und Gegenwart dargestellt, geschmückt. Auf dem Mittschiffshause befindet sich ein breites 218 Fuß langes Deckhaus, dessen Deck reicht bis zur Schiffssseite, wo es von Stühlen getragen wird und für das untere Promenadendeck zu beiden Seiten des Deckhauses einen breiten, geschützten und an den Seiten offenen Gang bildet. Über diesem unteren liegt noch ein oberes Promenadendeck, welches mit einem Sonnendeck überdacht ist und auf welchem auch die zahlreichen Boote aufgestellt sind. Ferner befinden sich in dem Mittschiffshause auf dem Oberdeck die Gepäckräume für die Ausflugspassagiere. In dem Mittschiffshause sind auch drei Küchen, darunter zwei mit Dampf Kochbetrieb, eingerichtet, und zwar derart, daß für die Passagiere sowohl als auch für die Besatzung die Speisen in hinreichender Menge und bester Qualität hergestellt werden können. Daneben finden wir eine eigene Bäckerei mit Patent-Bachöfen neuester Construction, eine Fleischerei mit Schlachteinrichtungen, Röhrräume, zwei Lazareträume für kranke Zwischen-decks-Passagiere, das ärztliche Consultationszimmer mit der Apotheke daneben etc. Das Zwischen-decks enthält dann die Massenquartiere für 1857 Zwischen-decks-Passagiere mit zwar einfachen aber praktischen Einrichtungen. Zu den zusammen ca. 2160 Passagieren kommt dann noch die Schiffsbesatzung mit 180 Personen. Im vorderen und hinteren Schiffe sind ferner je vier große Ladekuhlen vorhanden, welche aus dem "Bremen" mit 16 elektrischen Krähnen versehen sind.

Die Beleuchtung des ganzen Schiffes wird ebenfalls durch Elektricität bewirkt und auch für die Steuerung und die sonstigen Manöver des Schiffes, den Verkehr des Capitäns mit dem Steuerhause, dem Maschinenraum und allen Theilen des Schiffes sorgen sinnreiche elektrische und mechanische Apparate in der denkbar einfachsten und sichersten Weise. Eine hinreichend große Anzahl von Ventilatoren sorgt für Zuführung von frischer Luft; für die Provisionsräume, 749 Cbm. Inhalt, sind außerdem Röhrräume und Eismaschinen, ebenso für die 632 Cbm. großen Fleischtransporträume und 74 Cbm. großen Provisionsküchenräumen ausreichend aufgestellt. Wasserclosets, Bade- und Waschräume, von einfachster bis zu eleganterster Ausstattung sind in genügender Anzahl vorgesehen. Interessant sind auch die Sicherheitsvorkehrungen gegen Wetterunbilden, zur umfangreichen sofortigen Bekämpfung jeder Feuersgefahr und durch 20 Rettungsboote für etwaige Meerestücken, von denen verschont zu bleiben wir dem statlichen Dampfer von Herzen wünschen.

Die Maschinen des Lloyd - Postdampfers "Bremen" entwickeln 8000 Pferdekräfte und es sind dieselben Quadrupelmaschinen, welche mit 15 Atmophären Dampfdruck arbeiten.

Diese Maschinen sind nach dem bewährten, gut ausbalancierten Schichau'schen Typ mit vier Kurbeln konstruit, welche den großen Vorzug anderen Systemen gegenüber besitzen, doch die Maschinen leicht und anstandslos manövriren und beim Betriebe einen labellos gleichmäßigen Gang haben und das Schiff nicht erschüttern. Die großen Doppelschraubenmaschinen manövriren so leicht, daß ein einziger Maschinist die schwierigsten Manöver gleichzeitig mit beiden Maschinen ausführen kann. Die Riegel sind große cylindrische Röhrenkessel, es haben dieselben einen schwachen künstlichen Zug. Die Riegel-, sowie Maschinenräume sind künstlich ventilirt, so daß selbst bei Fahrten in den Tropen überall angenehm kühle Temperatur herrscht. Die ganzen Maschinen stehen auf dünnen Stahlstützen und nicht, wie sonst meistens üblich, auf dicken Gußeisen-Stativen. — Die Construction der Stahlstützen bietet einen bedeutend festeren Verband und eine größere Zugänglichkeit, sowie bessere Übersichtlichkeit des ganzen Maschinencomplexes.

Am 19. d. M. soll "Bremen" seine Probefahrten beginnen. Capitän Thumann, welcher den Bau und die innere Einrichtung beaufsichtigte, wird dann seine Obhut an Capitän Reinkhoff, den Führer des neuen Lloyd-dampfers, abtreten

und "Bremen" seine erste Fahrt nach der seine künftige Heimat bilden Hansestadt, deren Namen er trägt, und von dort nach Newyork antreten. Weitschauendem Unternehmersinn und rühmlichem Weltstreit deutschen Gewerbesleizes verbandt er sein Dasein, seine stimmreiche praktische Ausgestaltung; möge nun auch seiner Flagge Ruhm und glücklicher Erfolge Frucht allzeit und allerwegen beschieden sein!

Morgen früh wird der Lloyd-dampfer "Bremen" nach Neusahrwasser geschleppt werden, dortselbst an der Mole festmachen und von dem Dampfer "Mlawka" 700 Tons Kohlen einnehmen.

* Ottomar Kämmerer f. In Zoppot starb gestern nach ganz kurzer Krankheit in noch rüstigem Alter ein in weiten Kreisen bekannter Mitbürgers, Herr Rentier Ottomar Kämmerer, früher Beitzer der jetzt Nordt'schen Brauerei aus Pfefferstadt.

* Stapellauf. Auf der hiesigen Johannsen'schen Schiffswerft wurde gestern ein für die kgl. Regierung in Stettin erbauter mittlerer Flugh-dampfer in der Größe unseres "Lachs" und "Hecht" vom Stapel gelassen. Dem Stapellauf wohnten Baubeamte der Regierung zu Stettin und der hiesigen Regierung bzw. der Girombau-direction bei.

sch. [Provinzialverein für innere Mission.] Das Jahrestreffen und die Generalversammlung des westpreußischen Provinzialvereins für innere Mission findet am 16. und 17. Juni in Graudenz statt. Bei der Hauptversammlung am 17. Juni wird Herr Director Bauer vom Pädagogium zu Niesky über die "Mitarbeit der Gebildeten bei der inneren Mission" sprechen. Die Festpredigt am Nachmittag des 16. Juni hält Herr Consistorialrat Lic. Dr. Gröbler-Danzig. Bei dem Familienabend am 16. Juni wird von mehreren Rednern das Thema behandelt werden: "Das christliche Haus im Lichte der inneren Mission." Unter

Anderen wird Herr Generalsuperintendent D. Döblin darüber sprechen.

* [Provinzial-Sängerfest.] Zum diesjährigen Provinzial-Sängerfest in Elbing sind bis jetzt ca. 1800 Sänger angemeldet worden.

* [Friedrich Wilhelm-Schützen-Bruderschaft.] In der gestern abgehaltenen Generalversammlung wurde nach Aufnahme von 3 ordentlichen und 3 außerordentlichen Mitgliedern beschlossen, das diesjährige Schützenfest in üblicher Weise durch Königschießen, Concert und Testfeste am 9. und 10. Juni in beiden Schützengärten zu feiern. Ferner wurde ein langjähriges Mitglied der Bruderschaft einstimmig zum Ehrenmitgliede ernannt. Das Diplom wird dem neu ernannten Ehrenmitgliede, dessen Namen einstweilen noch nicht genannt werden soll, an seinem bevorstehenden Jubiläumstage überreicht werden.

* [Zoll- und Steuerzahlungen durch die Reichsbank.] Zur Erleichterung des Rassenverkehrs und der Abgabenentrichtung hat der Finanzminister die Eröffnung von Reichsbankgirokonten für die an Reichsbankplätzen oder in deren Nähe befindlichen Hauptzoll- und Hauptsteuerämter und größeren Unterämtern (Steuerämter und Nebenzollämter) angeordnet. Den Abgabepflichtigen ist dadurch die Möglichkeit gegeben, die an dem Giroverkehre angegeschlossenen Steuerstellen zu entrichtenden Beträge an Zöllen und indirekten Steuern, einschließlich der Gabelle, statt an diese Amtesstellen selbst, auf deren Reichsbankgiroconto einzuzahlen oder vom eigenen Giroconto überzureichen zu lassen. Die darüber gleichzeitig an die Amtesstellen zu richtenden Mitteilungen der Steuerpflichtigen müssen ihnen spätestens am Vormittage des Fälligkeitstages der Abgabe zugehen. Die Zahlung gilt jedoch erst dann als geleistet, wenn sie der betreffenden Amtesstelle von der Reichsbank bestätigt ist. Ferner sind die angeschlossenen Amtesstellen ermächtigt, ihnen obliegende Zahlungen an Inhaber von Reichsbankgirokonten auf Antrag und nach Erlangung ordnungsmäßiger Quittungen (z. B. quittirter Steuervergütungsschein) durch Ueberweisung im Giroverkehr zu leisten. Die Annahme weisser Checks von Giroinhabern zur Begleichung von Abgaben etc. ist den Amtesstellen nicht gestattet. Die Ueberweisung der Beträge im Giroverkehr kann nur durch die Reichsbank erfolgen.

* [Falsches Geld.] Im Keller der Markthalle bemerkte gestern eine Händlerin, daß ihr ein falsches Zweimarkstück eingehalet worden ist. Das Falsifikat ist eines von den bekannten mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. und der Jahreszahl 1876, von denen bei der Polizei schon 20—25 Stück eingegangen sind.

* [Gewerbe-Inspection.] Das Geschäftszimmer der königl. Gewerbe-Inspection, welches sich bisher vorstädt. Gruben Nr. 40 befand, ist nach Sandgrube Nr. 32 I. verlegt worden. Während der Dienststunden von 9 bis 12½ Uhr und von 2 bis 5 Uhr, nach zuvoriger Vereinbarung auch an Wochentags-Abenden und an Sonntags-Vormittagen, sind, wie wir mitzutheilen ersucht werden, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Herren Garun und v. Gynck, bereit, über gewerbliche oder Dampfkessel-Angelegenheiten Arbeitgeber und Arbeitnehmern mündliche Auskunft zu erteilen.

* [Fahrerleichterungen zum Besuch der internationalen Ausstellung in Brüssel.] Zur Erleichterung des Besuchs der zur Zeit in Brüssel stattfindenden internationalen Ausstellung werden während der Dauer derselben an jedem Dienstag, zuerst am 18. Mai, Sonder-Rückfahrtkarten mit 10tägiger Geltungsdauer von den Fahrkartenausgabenstellern in Berlin (Gärtnerbahnhof und Potsdamer Bahnhof) zum Preise von 71.60 Mk. für die 1., 53.30 Mk. für die 2. und 37.20 Mk. für die 3. Klasse ausgegeben. Diese Fahrkarten gelten zum Antritt der Hinreise nur am Dienstag. Auf den preußischen Staatsbahnen können alle Jüge, die D-Jüge gegen Süßung einer Plaktkarte, benutzt werden. Fahrunterbrechung ist nur einmal auf der Rückreise gestattet.

O [Warnung.] Seit einiger Zeit treibt in Danzig eine geschickte Schwindlerin ihr Wesen, auf die hiermit aufmerksam gemacht sei. Es ist eine alte Frau, die sich meist Witwe Peters (wohnhaft Rittergasse 22) nennt, doch auch unter anderem Namen auftritt und ihre Betrügereien auf folgende Weise auszüiben pflegt. Sie geht bei rauher Witterung in die Häuser gemeinschaftlich wirkender Damen und bittet um ein Tötchenhemd für ihre Tochter, eine schwindsüchtige Nähertöchterin, die am selben Morgen ihren langen Leiden erlegen sei. Vor ihrem Ende habe sie herzgewölkig gesieht, sie „nicht nach auf die Säppane zu legen“, wie das betreffende Schlagwort lautet, das die scheinbar verzweifelte Mutter immer auss neuer wiederholt. Sie selbst geht vor Räte, zeigt sich nur notdürftig bekleidet und hat seit dem frühen Morgen „keinen Bissen über ihre Lippen gebracht“. Da sie die Rolle einer vor Kummer halbverstörten Mutter, die ihr letztes Kind verloren hat, mit Naturtreue spielt, scheint es beinahe unmöglich, die Greisn mit eingehenden Fragen zu behelligen. Gesättigt und genärrt, mit reicher Beute an Kleidungsstücken, Wäsche, wohl auch Geld, zieht sie ab. Soweit bis jetzt bekannt geworden, ist die Tochter zweimal im November, einmal im April und einmal im Mai gestorben; wie oft sie außerdem mit Tode abgegangen ist und noch abgehen wird, steht dahin. Es ist deshalb Vorsicht geboten.

* [Stiftungsfeier.] Der Verein der Kameraden des Grenadier-Regiments König Friedrich II (3. ostpreuß. Gren.-Rgt. Nr. 4), das bekanntlich früher lange Jahre in Danzig garnisierte, wird am nächsten Sonnabend, den 22. Mai, im Café Molkenhauer seine Stiftungsfeier begehen.

* [Martha-Herberge.] Unter dem Vorstehe des Hrn. Polizeipräsidenten Wessel gestern Nachmittag im Sitzungszimmer der Martha-Herberge, Frauengasse 42, die Generalversammlung statt, in der zunächst Frau Generalsuperintendent Taube den Geschäftsbericht pro 1896 erstattete. Nach demselben wurden im verflossenen Jahre 833 Personen mit 3079 Logistagen gegen 825 Personen mit 2669 Tagen im Vorjahr beherberg, so daß eine Steigerung zu verzeichnen war. Die Mitgliederzahl ist ebenjals und die Summe der Beiträge von 276 Mk. auf 326 Mk. gestiegen. Immerhin hält der Geschäftsbericht eine regere Theilnahme für sehr wünschenswerth, da ein Neubau beabsichtigt wird und größere Reparaturarbeiten im Vorjahr erforderlich geworden sind. Herr Eßner erstattete den Kostenbericht pro 1896, woraus der Rechnungslegung Decharge erhielt wurde. Es betrug danach die Einnahme 4856 Mk., die Ausgabe 4288 Mk. Für bauliche Reparaturen wurden allein 1332 Mk. verausgabt. Schließlich wurde der Etat pro 1897 in Einnahme und Ausgabe auf 3850 Mk. festgesetzt.

* [Feuer.] Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Hause Grüner Weg Nr. 10 gerufen, wobei selbst in Folge einer schadhaften Stelle am Schornstein einige Bretter angebaut waren. Das geringfügige Feuer wurde sehr bald besiegt.

* [Schlägerei.] Gestern geriet der Arbeiter Felig G. auf dem Nachhause mit einem Mitarbeiter in Streit. Aus Anger darüber, daß ihm dieser die Jacke zerriß, schlug er mit seiner Blechplatte auf ihn ein und brachte ihm stark blutende Quetschwunden am Kopfe bei. Währing der Verlehrte sich verbunden ließ. G. verhaftet.

* [Ueberfälle.] Vorgestern Abend überfielen drei Personen den Arbeiter M. aus Legan am Schlemmihler Weg und rieten ihn mit Fäusten und Stöcken recht übel zu. Als ein Schuhmann sich der Stelle näherte,

rissen die Strolche aus. Tost zu derselben Zeit wurde der Zimmergeselle B. in der Bahnhofstraße in Langfuhr von hinten angefallen. Ein Mensch schlug mit einem Taschenschlager mehrere Male auf ihn los, so daß er bestimmtlos niedersank und eine nicht ungefährliche Wunde erlitt. Nach einiger Zeit wurde er aufgesunden. In beiden Fällen gelang es nicht, die rohen Patronen zu ermitteln.

* [Diebstahl.] In einer der letzten Nächte wurden Herrn Baumwollwerksmeister B. von seinem am Theerhof belegenen Bauplatze hölzerne im Werthe von 30 Mk. geföhlt, ohne daß die Thäter entdeckt werden sind.

* [Städtisches Leihamt.] Nach dem heutigen Rassenrevison vorliegenden Abschlüsse pro Mai erbringt der Bestand Mk. pro April d. J. . 24 766 Pfänder beliehen mit 185 863. Während d. laufenden Monats sind

hinzugekommen . . . 4 367 26 410

Gind zusammen . . . 29 133 Pfänder beliehen mit 212 273

Davon sind in dieser

Zeit ausgelöst resp.

durch Auction verkauft 5 029 29 409

so daß im Bestande

verblieden 24 104 Pfänder beliehen mit 182 864

Das Leihamt haben somit in diesem Monat im ganzen

9386 Personen aufgesucht.

* [Strafammer.] Wegen Urkundensäufschung hatte sich vor der hiesigen Strafammer der Geschäftsrat der Reichsbank bestimmt die Finanzminister die Eröffnung von Reichsbankgirokonten für die an Reichsbankplätzen oder in deren Nähe befindlichen Hauptzoll- und Hauptsteuerämter und größeren Unterämtern (Steuerämter und Nebenzollämter) angeordnet. Den Abgabepflichtigen ist dadurch die Möglichkeit gegeben, die an dem Giroverkehre angegeschlossenen Steuerstellen zu entrichtenden Beträgen an Zöllen und indirekten Steuern, einschließlich der Gabelle, statt an diese Amtesstellen selbst, auf deren Reichsbankgiroconto einzuzahlen oder vom eigenen Giroconto überzureichen zu lassen. Die darüber gleichzeitig an die Amtesstellen zu richtenden Mitteilungen der Steuerpflichtigen müssen ihnen spätestens am Vormittage des Fälligkeitstages der Abgabe zugehen. Die Zahlung gilt jedoch erst dann als geleistet, wenn sie der betreffenden Amtesstelle von der Reichsbank bestätigt ist. Ferner sind die angeschlossenen Amtesstellen ermächtigt, ihnen obliegende Zahlungen an Inhaber von Reichsbankgirokonten auf Antrag und nach Erlangung ordnungsmäßiger Quittungen (z. B. quittirter Steuervergütungsschein) durch Ueberweisung im Giroverkehr zu leisten. Die Annahme weisser Checks von Giroinhabern zur Begleichung von Abgaben etc. ist den Amtesstellen nicht gestattet. Die Ueberweisung der Beträge im Giroverkehr kann nur durch die Reichsbank erfolgen.

* [Falsches Geld.] Im Keller der Markthalle bemerkte gestern eine Händlerin, daß ihr ein falsches Zweimarkstück eingehalet worden ist. Das Falsifikat ist eines von den bekannten mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. und der Jahreszahl 1876, von denen bei der Polizei schon 20—25 Stück eingegangen sind.

* [Gewerbe-Inspection.] Das Geschäftszimmer der königl. Gewerbe-Inspection, welches sich bisher vorstädt. Gruben Nr. 40 befand, ist nach Sandgrube Nr. 32 I. verlegt worden. Während der Dienststunden von 9 bis 12½ Uhr und von 2 bis 5 Uhr, nach zuvoriger Vereinbarung auch an Wochentags-Abenden und an Sonntags-Vormittagen, sind, wie wir mitzutheilen ersucht werden, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Herren Garun und v. Gynck, bereit, über gewerbliche oder Dampfkessel-Angelegenheiten Arbeitgeber und Arbeitnehmern mündliche Auskunft zu erteilen.

* [Fahrerleichterungen zum Besuch der internationalen Ausstellung in Brüssel.] Zur Erleichterung des Besuchs der zur Zeit in Brüssel stattfindenden internationalen Ausstellung werden während der Dauer derselben an jedem Dienstag, zuerst am 18. Mai, Sonder-Rückfahrtkarten mit 10tägiger Geltungsdauer von den Fahrkartenausgabenstellern in Berlin (Gärtnerbahnhof und Potsdamer Bahnhof) zum Preise von 71.60 Mk. für die 1., 53.30 Mk. für die 2. und 37.20 Mk. für die 3. Klasse ausgegeben. Diese Fahrkarten gelten zum Antritt der Hinreise nur am Dienstag. Auf den preußischen Staatsbahnen können alle Jüge, die D-Jüge gegen Süßung einer Plaktkarte, benutzt werden. Fahrunterbrechung ist nur einmal auf der Rückreise gestattet.

* [Falsches Geld.] Im Keller der Markthalle bemerkte gestern eine Händlerin, daß ihr ein falsches Zweimarkstück eingehalet worden ist. Das Falsifikat ist eines von den bekannten mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. und der Jahreszahl 1876, von denen bei der Polizei schon 20—25 Stück eingegangen sind.

* [Gewerbe-Inspection.] Das Geschäftszimmer der königl. Gewerbe-Inspection, welches sich bisher vorstädt. Gruben Nr. 40 befand, ist nach Sandgrube Nr. 32 I. verlegt worden. Während der Dienststunden von 9 bis 12½ Uhr und von 2 bis 5 Uhr, nach zuvoriger Vereinbarung auch an Wochentags-Abenden und an Sonntags-Vormittagen, sind, wie wir mitzutheilen ersucht werden, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Herren Garun und v. Gynck, bereit, über gewerbliche oder Dampfkessel-Angelegenheiten Arbeitgeber und Arbeitnehmern mündliche Auskunft zu erteilen.

* [Fahrerleichterungen zum Besuch der internationalen Ausstellung in Brüssel.] Zur Erleichterung des Besuchs der zur Zeit in Brüssel stattfindenden internationalen Ausstellung werden während der Dauer derselben an jedem Dienstag, zuerst am 18. Mai, Sonder-Rückfahrtkarten mit 10tägiger Geltungsdauer von den Fahrkartenausgabenstellern in Berlin (Gärtnerbahnhof und Potsdamer Bahnhof) zum Preise von 71.60 Mk. für die 1., 53.30 Mk. für die 2. und 37.20 Mk. für die 3. Klasse ausgegeben. Diese Fahrkarten gelten zum Antritt der Hinreise nur am Dienstag. Auf den preußischen Staatsbahnen können alle Jüge, die D-Jüge gegen Süßung einer Plaktkarte, benutzt werden. Fahrunterbrechung ist nur einmal auf der Rückreise gestattet.

* [Falsches Geld.] Im Keller der Markthalle bemerkte gestern eine Händlerin, daß ihr ein falsches Zweimarkstück eingehalet worden ist. Das Falsifikat ist eines von den bekannten mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. und der Jahreszahl 1876, von denen bei der Polizei schon 20—25 Stück eingegangen sind.

* [Gewerbe-Inspection.] Das Geschäftszimmer der königl. Gewerbe-Inspection, welches sich bisher vorstädt. Gruben Nr. 40 befand, ist nach Sandgrube Nr. 32 I. verlegt worden. Während der Dienststunden von 9 bis 12½ Uhr und von 2 bis 5 Uhr, nach zuvoriger Vereinbarung auch an Wochentags-Abenden und an Sonntags-Vormittagen, sind, wie wir mitzutheilen ersucht werden, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Herren Garun und v. Gynck, bereit, über gewerbliche oder Dampfkessel-Angelegenheiten Arbeitgeber und Arbeitnehmern mündliche Auskunft zu erteilen.

* [Fahrerleichterungen zum Besuch der internationalen Ausstellung in Brüssel.] Zur Erleichterung des Besuchs der zur Zeit in Brüssel stattfindenden internationalen Ausstellung werden während der Dauer derselben an jedem Dienstag, zuerst am 18. Mai, Sonder-Rückfahrtkarten mit 10tägiger Geltungsdauer von den Fahrkartenausgabenstellern in Berlin (Gärtnerbahnhof und Potsdamer Bahnhof) zum Preise von 71.60 Mk. für die 1., 53.30 Mk. für die 2. und 37.20 Mk. für die 3. Klasse ausgegeben. Diese Fahrkarten gelten zum Antritt der Hinreise nur am Dienstag. Auf den preußischen Staatsbahnen können alle Jüge, die D-Jüge gegen

Kleine Mittheilungen.

* [Ueber die Gewinner des „großen Looses“] wird dem „Berl. Tgbl.“ aus Neisse, wohin daselbe in der Sonnabendziehung der preußischen Alleenlotterie gefallen ist, folgendes geschrieben: „Unsere Stadt scheint vom Glück besonders begünstigt zu sein, denn bereits vor drei Jahren fiel das große Looos der preußischen Lotterie hierher, ferner im vorigen Jahre ein Gewinn der nämlichen Lotterie in Höhe von 200 000 Mk., und zwar der letztere in dieselbe Collecte, in die jetzt der Haupttreffer gelangt ist. Der betreffende Collecteur, Stadtrath Fritz Hoffmann, beabsichtigt, die ihm für das Glücklos zusprechende Provision zu gemeinhinigen Zwecken der Stadt zu überweisen. An dem Looos waren fast ausschließlich kleine Leute beteiligt, und zwar sind es im einzelnen Kaufleute, Handwerker, zum Beispiel einige Schneidergesellen, Hautboisten, Dienstmädchen, Kellner und Kellnerinnen, ein Briefträger und ein Landmann, die nun am Gewinn Theil nehmen. Fast alle glücklichen Gewinner nahmen die Fügung des Schicksals mit ziemlichem Gleichmuth hin. Am Sonntag sah man einige von ihnen beim Sectfrühstück; diese Extravaganzen ist ihnen aber an diesem Tage gewiss nicht übel zu nehmen.“

* [Lieber Kronen als eine „Krone“.] In der „Frankf. Zeitung“ befindet sich folgendes Inserat: Prinz aus vornehmster sächsischer Familie des Kaiserstaates wünscht sich standesgemäß mit Dame aus bürgerlicher Familie zu verheirathen. Anträge werden nur aus direkter Hand berücksichtigt und zur Weiterbeförderung an Haasenstein u. Bogler, Wien, erbeten.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen im Grundbuche von Tempelburg Band 13 bei. 14, Blatt 596 bei. 675 auf den Namen der Hotelbesitzer Hermann und Ida, geb. Meyer, Preußischen Chaussele eingetragen und zu Tempelburg belegenen Grundstücken

am 3. Juni 1897, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 0,92 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 1,0750 ha zur Grundsteuer, mit 1250 M. Nutzungs-
wertur zur Gebäudefreie veranlagt, Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abchrift des Grundbuchsatzes, etwaige Abstichungen
und andere die Grundstücke betreffenden Nachweisen, sowie
besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei,
Abteilung 3, eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 4. Juni 1897, Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Tempelburg, den 30. März 1897.

Röntgenliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Hauptlehrers an unseren Volksschulen ist am 1. Oktober 1897 neu zu besetzen.

Das Gehalt des hiesigen Volksschullehrer beträgt i. St.;
bei der provisorischen Anstellung 900 M.
nach der festen Anstellung 1000 -

und steigt

a. nach 5 Dienstjahren auf 1200 -
b. . . . 10 1500 -
c. . . . 15 1750 -
d. . . . 20 2000 -
e. . . . 25 2200 -
f. . . . 30 2400 -

Die Hauptlehrer erhalten neben dem Gehalt als Leiter der Schule eine pensionsfähige Funktionszulage von 300 M. jährlich und außerdem freie Dienstwohnung, für welche denselben 10% ihres jeweiligen Gehalts in Abzug gebracht werden, und freie Heizung.

In wie weit eine Aenderung dieser Bezahlungsordnung nach Mahnung des neuen Lehrerbefolgsungsgesetzes vom 3. März cr. einzutreten wird, ist von den städtischen Behörden noch nicht festgestellt.

Bewerber, welche die Rectoratsprüfung abgelegt haben, erüthen wir, ihre Meldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs und der erforderlichen Zeugnisse an uns einzureichen.

Erling, den 10. Mai 1897.

Der Magistrat.

Elditt.

Linkuhnen-Geckenburger Entwässerungs-Verband.

Bekanntmachung.

Der Kohlenbedarf für 1897 soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung an den Best-Biedenden vergeben werden. Die Bedingungen sind von dem unterzeichneten zu beziehen und die Angebote bis inkl.

Donnerstag, den 27. Mai d. J.,

an denselben einzureichen.

Petriken, den 14. Mai 1897.

Der Techniker des Linkuhnen-Geckenburger Entwässerungs-Verbandes.

Juscha,

Baumeister.

(11034)

Naturheilanstalt Reimannsfelde bei Elbing. Anstalt für chronische Leiden, besonders Nervosität, Rheumatismus, Gastroenteritis etc. Rubin gelegene Sommerfrische. Mäßige Preise. Prospekte sendet Dr. med. Pfalzgraf.

20. Zahlung d. Klasse 196. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mai 1897. (Schluß.)

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigegeben.

(Ohne Gewinn.)

116 51 324 497 1187 346 646 797 858 2269 889

551 601 901 [3000] 3024 984 4057 655 934 5630 706

953 6061 70 457 [1500] 553 889 7189 333 542 613 518

708 921 58 8182 [1500] 409 951 72 9484 528 653 758 [300]

10018 46 448 908 24 84 55 11037 324 710 12187

213 537 918 140 780 141 674 14140 316 872 912 15925

80 [1500] 16261 480 767 [500] 916 [300] 17074 97 12827

500 646 62 89 749 952 10051 81 153 550 63 981 834

20052 181 341 514 642 725 48 21188 599 801

963 22751 930 22006 89 210 329 559 24133 [1500]

204 358 545 25011 877 [500] 925 26191 202 35 498

607 21 703 32 72 919 27185 466 92 811 12 994 28101

63 309 628 [1500] 36 921 [1500] 21000 68 260

80317 442 554 753 887 998 31129 710 24 [500] 82

[3000] 880 95 904 55 82090 780 83147 200 98 360 892

915 43 81592 622 928 74 35059 521 91 702 [300] 814

36005 94 101 512 968 37067 257 [500] 322 598 700

38071 73 [200] [1500] 22 [3000] 347 639 86 514 983 93922

566 984

4045 56 [500] 277 303 21 436 522 714 18 41127

42828 321 582 792 99 933 432 484 735 44023 137 79

339 87 410 24 558 705 933 [1500] 45004 202 97 558

750 4675 453 592 47283 350 51 91 446 789 957

48283 572 714 71 849 938 49031 188 278 838 595 770

853 933 [800]

50268 [500] 772 818 28 52 904 85 51054 477 628 223

551 601 901 [300] 354 529 708 [500] 929 [1500] 54639

914 [500] 68 71 55000 65 177 297 398 480 519 771

56214 419 93 551 57728 58352 800 59440 636 720

905 69

60112 395 [500] 988 41 61428 37 62069 115 93

97 [300] 201 830 [300] 63074 235 426 90 826 64254

766 921 65087 149 588 93 933 61500 62 66006 54

314 479 720 672 67241 112 72 225 583 629 706 598 934

[3000] 68527 552 663 [3000] 32 15000 702 69091 132

278 [1500] 459 655

80244 343 468 82 789 889 978 86 81107 601 8

82028 [3000] 47 [300] 794 983 76 83048 149 257 448

58 691 84226 69 483 [500] 804 980 85131 [500] 932

[1500] 475 885 978 86230 576 [3000] 812 [1500] 97 90

87227 [300] 476 721 [300] 536 88104 166 298 438 745

957 89008 107 51 293 439 511 662

90072 242 453 505 64 917 752 908 [300] 71088

82028 [3000] 97 459 842 50 103157 586 40 98 104818 418

85 508 47 68 79 604 86 785 749 105054 114 287 81 748

860 106322 107008 25 55 469 72 78 621 108197

100011 138 458 641 918

* [Ein amerikanischer Plan.] Der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika hat folgenden Gesetzwurf genehmigt, dem das Repräsentantenhaus freilich seine Zustimmung verweigert hat: „Es soll eine Riesen-Reliefskarte der Vereinigten Staaten im Maßstab von einem Yard für eine Meile (91 Centim.: 1609 Meter oder 1768) hergestellt werden.“ Es wurde ein Aufschluß erlassen, der die Kosten der Ausführung berechnen sollte. Der in Newyork erscheinende „Scientific American“ ist jedoch dem Aufschluß zuworgekommen und hat die Kosten schon berechnet; diese werden sich darnach auf zwei Milliarden Mark belaufen. Die Karte würde etwa 2 Kilom. lang und über 1,7 Kilom. breit werden.

* [Anoploflock-Uhren] sind die neueste Erfindung der Pariser Mode. Es sind dies Uhren von einem Centimeter Größe, vom Aussehen der Ordensrosetten, welche von Damen und Herren auf der linken Seite der Brust im Anoploflock, wie eine Ordensdecoration, getragen werden. Das Zifferblatt ist je nach Geschmack weiß, rot oder blau.

Standesamt vom 18. Mai.

Geburten: Schuhmachergeselle August Ens, S. — Gastwirth Paul Schröder, T. — Arbeiter Josef Schulz, S. — Arbeiter Richard Alinkusch, S. — Arbeiter Anton Jakobski, I. S. T. — Schuhmachermeister Franz Friede, I. — Kaufmann Max Weide, T. — Tischlergeselle Friedrich Schöneberg, S. — Wagenführer Friedrich Witte, S. — Grenzaufseher Bernhard Beckmann, S. — Bauunternehmer Adolf Hein, S. — Werftarbeiter Eugen Bonnetin, T. — Arbeiter Hermann Liesch, S. — Schlosser Robert Fiegener, S. — Schlossermeister Albert Heck, T.

Aufgebote: Schmiedegeselle Karl August Teschner und Rosalie Maria Krispin zu Grottkau. — Arbeiter Anton Arendt und Valentine Lehmann, beide hier. — Arbeiter Johann Lößler und Josephine Christine Lusk, beide hier. — Arbeiter Hermann Adolph Heilmann und Maria Margaretha Matz, beide hier.

Herrgutsherr: Rittergutsbesitzer Alfred Eduard Wolfgang Weber in Grottkau und Marie Charlotte Katharina Marianne Bremer in Schwöllnien. — Eisenbahnbureau-Diätor Karl Friedrich Eduard Jensen in Lissa und Emilie Margaretha Ehler hier. — Trompeter, Sergeant im 1. Leib-Husaren-Regt. Nr. 1 Hermann Franz Adolf Plessow in Hochstriek und Hedwig Adelheid Howard hier. — Holzarbeiter Albert Friedrich Eduard Burck und Wilhelmine Briese, geb. Bornowski, beide hier.

Todesfälle: Witwe Edina Warschauer, geb. Gottliebsson, 75 J. — Frau Caroline Cunitz, geb. Kersten, 58 J. — T. des Schlossermeisters Albert Koch, 10 M. — S. des Handelsmannes Nathan Löwinsohn, totgeb. 10 M. — T. des Arbeiters Anton Jakobski, 4 G. — des selben 5 G. — S. des Mittelschuhlers Karl Brock, 10 M. — T. des Zimmermeisters August Bieschke, 7 M. — S. des Arbeiters Karl Wodekki, 2 J. 1 M.